



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

Hamburg - was für eine Freude. Danke an Olaf Scholz und die Hamburger Frauen und Männer, die mit ihm zusammen die Stadt regieren. Nicht immer populär, aber immer mit eindeutiger Haltung und klaren Positionen. Verlässlich eben, das ist es aus meiner Sicht, was den Erfolg der Hamburger Sozialdemokratie ausmacht. Sie haben nicht nur Vertrauen zurückgewonnen, sondern es auch über die ganze Wahlperiode hinweg behalten.

Hamburg ist voran gekommen und ist eine wohlhabende Stadt und trotzdem - oder gerade deshalb - spielt der soziale Zusammenhalt eine ebenso wichtige Rolle wie die wirtschaftliche Entwicklung. Im konkreten heißt das: Die Hamburger SPD stärkt den Hafen und die Industrie und sorgt für Stadtentwicklung und Wohnungsbau - aber für alle. Von 6.000 neuen Wohnungen, die jedes Jahr entstehen, werden ein Drittel sozialer Wohnungsbau sein. Kindergärten und Kindertagesstätten sind kostenfrei und damit kann Bildung für alle Kinder dort beginnen, wo sie am wirkungsvollsten startet.

Das können wir von Hamburg lernen: Auf Themen konzentrieren, die Menschen unmittelbar berühren, nicht jedem Alles versprechen, aber das, was zugesagt ist, wird zuverlässig eingehalten! An Hamburg sehen wir, es kann gelingen!

Herzliche Grüße

Sterbehilfe? In Würde sterben.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

So steht es in Artikel eins unserer Verfassung. Doch wie sieht es mit der Würde des Menschen aus, wenn das Ende des Lebens naht? Gespräch und Diskussion im Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart

am Montag, **9. März 2015**
um 17 Uhr

mit Heike Baehrens MdB, Dr. Michael de Ridder, Arzt für Innere Medizin, Chefarzt a.D., Pfarrerin Elisabeth Kunze-Wünsch, Leiterin Hospiz Stuttgart, Pfarrerin Monika Renninger, Leiterin Hospitalhof Stuttgart, Hans-Peter Ehrlich, Stadtdekan i.R. und Ute Vogt.

→ [Mehr Informationen...](#)

Deutlich weniger Rüstungsexporte in 2014

Die SPD setzt eines ihrer Wahlversprechen um und fährt die Rüstungsexporte deutlich zurück. Im Jahr 2014 wurden nach vorläufigen Zahlen 30 % weniger Genehmigungen für Rüstungsexporte erteilt (17.280 in 2013, 12.090 in 2014). Das Volumen der genehmigten Ausfuhren betrug knapp 4 Mrd. Euro und ist damit ebenfalls um fast ein Drittel geringer als im Vorjahr, in dem noch viele von der Vorgängerregierung genehmigte Geschäfte im Bericht auftauchten. Der Wert der Ausfuhrgenehmigungen ist damit im letzten Jahr auf den niedrigsten Stand seit sieben Jahren gesunken.

Auch der Rückgang von Ausfuhrgenehmigungen in sogenannte Drittländer fiel sehr stark aus. Im Vorjahr wurden noch Exporte in Höhe von 3,6 Mrd. Euro genehmigt, in 2014 hingegen nur noch in Höhe von 2,4 Mrd. Euro.

Zudem hat sich die SPD auch für mehr Transparenz in diesem Bereich stark gemacht, weshalb nun halbjährlich über Rüstungsexporte informiert wird. Der aktuellste Bericht kann → [hier](#) abgerufen werden.

→ [Mehr zum Thema...](#)

Ausstellungseröffnung „Ich krieg Dich - Kinder in bewaffneten Konflikten“

Rund 250.000 Jungen und Mädchen sind im Kriegseinsatz. Sie werden ihrer Kindheit beraubt und sind oft für den Rest ihres Lebens traumatisiert. Etwa ein Drittel der KindersoldatInnen sind Mädchen, die häufig auch noch sexuelle Gewalt erleiden. Der Einsatz von Kindern im Krieg wirkt sich auch langfristig auf die Konfliktgebiete aus, da eine traumatisierte Generation heranwächst.

Ute Vogt hat die Ausstellung der Organisation World Vision „Ich krieg Dich - Kinder in bewaffneten Konflikten“ nach Stuttgart geholt. Am 11. Februar wurde die Ausstellung gemeinsam von Bürgermeister Werner Wölfle, dem Vorstandschef von World Vision Deutschland, Christoph Waffenschmidt und Ute Vogt eröffnet.



Im Anschluss an die Ausstellungseröffnung übergab die Projektgruppe „Red Hand Day“ des St. Agnes-Gymnasiums Ute Vogt ihre gesammelten Handabdrücke für Solidarität mit Kindern im Kriegseinsatz.

Die Ausstellung läuft noch bis 27.2.2015 und ist im Rathaus im 2. OG von 8 - 18 Uhr zu sehen.

Bürgeranliegen

Diesen Monat erreichten uns u.a. Anfragen zu den Themen Gentechnik, Boko Haram in Nigeria, Tarifeinheit und zum Thema Wildtierhandel.

Digitale Agenda: Verschlüsselung ist wichtig

Die digitale Agenda der Bundesregierung benennt es klar: Deutschland soll Verschlüsselungsstandort Nummer Eins werden. Deshalb begrüßt die SPD, dass Bundesinnenminister de Mazière sich in der letzten Sitzung des Innenausschusses für sichere Online-Kommunikation ausgesprochen hat.

Jetzt müssen die entsprechenden Vorgaben des Koalitionsvertrages durch das Bundesinnen- und Bundeswirtschaftsministerium umgesetzt werden.

Es ist wichtig, dass wir uns im Netz sicher bewegen können, ohne dass Kriminelle oder (fremde) Nachrichtendienste Zugriff auf die Kommunikationsinhalte haben,

sei es über sogenannte Backdoors oder andere Wege. Eine Pflicht zur Schlüssel hinterlegung lehnen wir deshalb auch ab.

Wer sich mit dem Thema Verschlüsselung – z.B. von E-Mails – näher befassen möchte, findet → [auf der Webseite](#) des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik viele nützliche Hinweise.

TTIP: Parlamente machen Gesetze, nicht Konzerne

Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen hat die SPD immer wieder gefordert und endlich handelt die EU-Kommission danach und wird auch die TTIP-Dokumente zur regulatorischen Kooperation veröffentlichen. In den Verhandlungen über TTIP wird auch über die Möglichkeit gesprochen, dass EU und USA sich nach Inkrafttreten des Vertrags gegenseitig über geplante Gesetzesvorhaben informieren. Dabei geht es um Regelungen, die einen Einfluss auf den bilateralen Handel haben könnten. Alles, was bisher bei TTIP beraten wurde, sind Verhandlungsvorschläge. Endgültige Texte wur-

den noch nicht vereinbart, und es wird noch einige Zeit brauchen, bis sich beide Seiten auf ein Abkommen verständigen können. Ein Informationsaustausch zwischen regulierenden Behörden darf unter keinen Umständen zu einem Mitspracherecht für demokratisch nicht legitimierte Gremien führen. Wichtig ist, dass durch die Zusammenarbeit im regulatorischen Bereich die Gesetzgebungskompetenz der beteiligten Staaten nicht beschnitten oder gar in Frage gestellt wird. Die Parlamente machen Gesetze, nicht Konzerne.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

